

**Studien aus dem Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Sozialrecht**

Band 47

Maria Grienberger-Zingerle

Kooperative Instrumente der Arbeitsverwaltungen in England und Deutschland

Eine rechtsvergleichende Untersuchung des Jobseeker's
Agreement und der Eingliederungsvereinbarung im
Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2009

ISBN 978-3-8329-5023-1

1. Auflage 2009

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2008/2009 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Ich habe sie für die Veröffentlichung im Hinblick auf die Rechtslage auf den Stand 31.12.2008 gebracht. Literatur konnte bis Frühjahr 2009 berücksichtigt werden. Auf gesetzliche Änderungen im SGB III und SGB II durch das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (BGBl. I 2008, S. 2917), das zum 1.1.2009 in Kraft getreten ist, wird in Fußnoten hingewiesen.

Die Arbeit entstand am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München. Ich danke dem Direktor dieses Institutes, meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. (EHI) für die Gelegenheit, diese Arbeit im Rahmen einer fünfköpfigen Doktorandengruppe zu verfassen und für die Unterstützung, die Freiheit und das Vertrauen, das er mir bei der Anfertigung und Fertigstellung entgegengebracht hat. Ferner danke ich Herrn Prof. Dr. Rudolf Streinz für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ich weiß, dass mein Promotionsvorhaben ohne die Unterstützung meiner Familie, insbesondere meines Ehemannes und meiner Eltern neben der Geburt dreier Kinder und meinem Berufseinstieg am Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht hätte abgeschlossen werden können. Jenen Menschen sei deshalb dieses Buch gewidmet.

Daneben gibt es einige Personen, denen ich ausdrücklich für Anregungen und Korrekturlesen danke. Nennen möchte ich meine Schwester Frau Dr. Regine Grienberger, meinen Kollegen am Institut Herrn Martin Landauer, M.Jur. (Oxon) und meine Freundin Frau Antonia Hoffmann.

München, August 2009

Maria Grienberger-Zingerle

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung	27
A. Aktivierung als Konzept für den Umbau der sozialen Sicherung	28
I. Nationale Konzepte	28
II. Internationale und supranationale Konzepte	37
B. Eingrenzung des Themas	40
C. Methodik und rechtsvergleichender Ansatz der Arbeit	42
I. Länderauswahl	42
II. Funktion des Rechtsvergleichs	43
III. Gang der Untersuchung	45
Erstes Kapitel: Grundlagen	47
A. Kooperation	47
I. Kooperation als (politik-, rechts-, verwaltungs-)wissenschaftlicher Begriff	48
II. Ziele von Kooperation	54
III. Gefahren und Risiken von Kooperation	58
IV. Grenzen kooperativen Verwaltungshandelns	62
V. Kooperation und Aktivierung	64
B. Typen und Formen kooperativen Handelns	65
I. Kooperative Elemente einer Entscheidung	65
II. Kooperative Elemente des planenden Verwaltungshandelns	68
III. Privatrechtlicher Vertrag	70
IV. Vertrag im öffentlichen Recht	82
V. Vertragsähnliches Verwaltungshandeln	91
C. Systematisierungskriterien für kooperative Handlungsformen	96
I. Beteiligungszeitpunkt	96
II. An Kooperation Beteiligte: Leistungsempfänger - Leistungserbringer - Dritte	96
III. Beteiligungsform: einseitig - zweiseitig - mehrseitig	97
IV. Förmlichkeit der Beteiligung	97
V. Bindungswirkung des Kooperationsergebnisses	97
VI. Durchsetzbarkeit des Kooperationsergebnisses	98
Zweites Kapitel: Länderberichte	99
A. Englisches Recht	99
I. Jobseekers Act 1995 und New Deals	99
1. Jobseekers Act 1995	99
2. Jobseeker's allowance	100
3. New Deal Programme	106

II.	Jobseeker's agreement	109
1.	Definition	109
2.	Inhaltliche Aspekte des JSA	110
3.	Formelle Gesichtspunkte	111
4.	Rechtliche Einordnung	111
5.	Funktion des JSA	116
6.	Rechtliche Wirkungen des JSA	121
7.	Störungen bei der Abwicklung des vertragsähnlichen Verhältnisses	124
8.	Beendigung des JSA	130
9.	Rechtsschutz	131
B.	Deutsches Recht	140
I.	Arbeitsförderungsrecht	140
1.	SGB III und Job-AQTIV-Gesetz	140
2.	Definition der Eingliederungsvereinbarung und Abgrenzung	145
3.	Inhalt der Eingliederungsvereinbarung	147
4.	Formelle Gesichtspunkte	150
5.	Rechtliche Einordnung	150
6.	Funktion der Eingliederungsvereinbarung	162
7.	Wirkungen der Eingliederungsvereinbarung	166
8.	Störungen bei der Abwicklung des vertragsähnlichen Verhältnisses	176
9.	Beendigung der Eingliederungsvereinbarung	178
10.	Rechtsschutz	179
II.	Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende	182
1.	SGB II/Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	182
2.	Definition der Eingliederungsvereinbarung und Abgrenzung	187
3.	Inhalt der Eingliederungsvereinbarung	193
4.	Form	198
5.	Rechtliche Einordnung	198
6.	Funktion der Eingliederungsvereinbarung	212
7.	Wirkungen der Eingliederungsvereinbarung	214
8.	Störungsfälle	226
9.	Beendigung der Eingliederungsvereinbarung	237
10.	Rechtsschutz	238
	Drittes Kapitel: Ergebnisse und Auswertung des Rechtsvergleichs	243
A.	Zusammenfassung der Ergebnisse	243
I.	Jobseeker's agreement	243
II.	Eingliederungsvereinbarung nach SGB III	243
III.	Eingliederungsvereinbarung nach SGB II	245
B.	Vergleich und Bewertung	246
I.	Kooperation - Ziele erreicht?	246
II.	Kooperation - Gefahren gebannt?	252
III.	Kooperation an ihren Grenzen	260
IV.	Kooperation und Aktivierung als Rahmen eines Politiktransfers	265
V.	Bewährungsprobe und Zukunft der Handlungsinstrumente	266
C.	Abschließende Bemerkung	268
	Literaturverzeichnis	269

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung	27
A. Aktivierung als Konzept für den Umbau der sozialen Sicherung	28
I. Nationale Konzepte	28
1. Hintergrund und Entwicklung der Activating Labour Market Policy	28
a) Der welfare-to-work-Ansatz der Regierung Thatcher	28
b) Aktivierung in den Vereinigten Staaten von Amerika	29
c) Elemente aktivierender Politik unter der Regierung Blair	30
2. Das deutsche Leitbild vom aktivierenden Sozialstaat	30
a) Inhaltliche Beschreibung des Leitbildes	30
b) Adressaten aktivierender Maßnahmen	32
c) Ziele des aktivierenden Staates	32
aa) Stärkung der Eigenverantwortung	33
bb) Positiver Einfluss auf Arbeitslosigkeit	34
cc) Einsparungen bei den Sozialausgaben	34
3. Vergleichbarkeit der Leitbilder	35
a) Staatsverständnis als Grundlage der Reformen	35
b) Politische Entwicklung und Akzeptanz sozialpolitischer Maßnahmen	36
c) Rechtssystem als Rahmen für Aktivierung	36
II. Internationale und supranationale Konzepte	37
1. Empfehlungen der OECD	37
2. Beschäftigungspolitische Leitlinien der Europäischen Union	38
B. Eingrenzung des Themas	40
C. Methodik und rechtsvergleichender Ansatz der Arbeit	42
I. Länderauswahl	42
II. Funktion des Rechtsvergleichs	43
III. Gang der Untersuchung	45
1. Mikro- oder Makrovergleich	45
2. Untersuchungsschritte	45
3. Zusammenfassung	46

Erstes Kapitel: Grundlagen	47
A. Kooperation	47
I. Kooperation als (politik-, rechts-, verwaltungs-)wissenschaftlicher Begriff	48
1. Definition	48
2. Wirkungsfelder	49
a) Steuerung verwaltungsinterner Vorgänge	49
b) Steuerung verschiedener Leistungserbringer und freier Träger	50
aa) Aufrechterhaltung einer Trägervielfalt	50
bb) Am Wettbewerb orientierte Leistungserbringung	51
cc) Gemeinsame Aufgabenerfüllung in Public-Private-Partnerships	52
c) Unmittelbare und mittelbare Steuerung des Bürgers	53
II. Ziele von Kooperation	54
1. Steigerung der Effizienz in der Verwaltungsarbeit	54
2. Information der Verwaltung in offenem Miteinander	55
3. Legitimierende Wirkung	56
4. Psychologisch-pädagogischer Effekt: Disziplinierung vs. Chance	57
III. Gefahren und Risiken von Kooperation	58
1. Übervorteilung und Verhandlungsungleichgewicht	58
2. Desintegration durch Kooperation	59
3. „Entrechtlichung“ und „Verrechtlichung“	60
4. Defizite bei Haftung und Rechtsschutz	60
5. Kosten-Nutzen-Vergleich	61
IV. Grenzen kooperativen Verwaltungshandelns	62
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	62
2. Vorgaben im Verfahrensrecht	62
3. Allgemeine Vorgaben des materiellen Rechts: Bindung inter partes	63
V. Kooperation und Aktivierung	64
B. Typen und Formen kooperativen Handelns	65
I. Kooperative Elemente einer Entscheidung	65
1. Verwaltungsakt im deutschen Recht	65
a) Begriff	65
b) Verwaltungsakte mit kooperativen Elementen	66
aa) Mitwirkungsbedürftiger/zustimmungsbedürftiger Verwaltungsakt	66
bb) Zusage und Zusicherung	66
cc) Verwaltungsakt mit Nebenbestimmungen	66
dd) Anhörung	67
2. Decision	68
II. Kooperative Elemente des planenden Verwaltungshandelns	68
1. Pläne im deutschen Verwaltungs- und Sozialrecht	68
a) Begriff	68
b) Einordnung als kooperative Handlungsform	69
2. Back-to-work-plan im englischen Recht	69

III.	Privatrechtlicher Vertrag	70
1.	Begriff und Bindung an den Vertrag	70
2.	Vertragsfreiheit	71
a)	Historischer Hintergrund	71
b)	Begriff und verfassungsrechtliche Garantie der Vertragsfreiheit	72
c)	Kontrahierungszwang und gestörtes Verhandlungsgleichgewicht	73
3.	Die Verwaltung als Vertragspartner eines privatrechtlichen Vertrages	75
a)	Verwaltungsprivatrecht im deutschen (Sozial-)Recht	75
aa)	Wahlfreiheit der Verwaltung	76
bb)	Anwendungsbereich im Rahmen der Sozialverwaltung	76
b)	Government contracts im englischen Recht	77
aa)	Begriff	77
bb)	Besonderheiten aufgrund der Beteiligung der Krone	78
(1)	Doktrin der Ultra vires und Local Government Act 1997	78
(2)	Doctrine of executive necessity	78
(3)	Rule against fettering future executive action	79
cc)	Judicial review	79
dd)	Unterscheidung von private law und public law	80
(1)	Source of power approach	81
(2)	Nature of the power approach	81
(3)	Functional approach	82
(4)	Stellungnahme	82
IV.	Vertrag im öffentlichen Recht	82
1.	Der verwaltungsrechtliche Vertrag im deutschen Recht	82
a)	Hintergrund und historische Entwicklung bis zur gesetzlichen Regelung	82
b)	Begriff	84
c)	Abgrenzung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht	85
aa)	Interessentheorie	85
bb)	Subordinationstheorie	85
cc)	Subjektstheorie, Zuordnungstheorie (modifizierte Subjektstheorie)	86
dd)	Sonderrechtslehre	86
ee)	Kelsens Idee vom Einheitsrechtssystem	87
d)	Abgrenzung von verwaltungsrechtlichem und privatrechtlichem Vertrag	87
e)	Abgrenzung verwaltungsrechtlicher Vertrag und Verwaltungsakt	88
f)	Zulässigkeit der Handlungsform	89
aa)	Handlungsformermächtigung	89
bb)	Gebundene Wahlfreiheit der Verwaltung	89
cc)	Handlungsformverbote	90
2.	Public law contract	90
a)	Hintergrund und Kritik an der Idee eines public law contract	90
b)	Inhaltliche Ausgestaltung eines public contract law	91
V.	Vertragsähnliches Verwaltungshandeln	91
1.	Begriff	91
2.	Voraussetzungen	92
3.	Zulässigkeit vertragsähnlicher Vorgehensweise der Verwaltung	93
a)	NHS-contract	93
b)	Disciplinary contract	94
c)	Leistungsabrede, § 12 SGB XII	94
4.	Inhaltliche Ausgestaltung und Wirkungen	95

C.	Systematisierungskriterien für kooperative Handlungsformen	96
I.	Beteiligungszeitpunkt	96
II.	An Kooperation Beteiligte: Leistungsempfänger - Leistungserbringer - Dritte	96
III.	Beteiligungsform: einseitig - zweiseitig - mehrseitig	97
IV.	Förmlichkeit der Beteiligung	97
V.	Bindungswirkung des Kooperationsergebnisses	97
VI.	Durchsetzbarkeit des Kooperationsergebnisses	98
Zweites Kapitel: Länderberichte		99
A.	Englisches Recht	99
I.	Jobseekers Act 1995 und New Deals	99
1.	1. Jobseekers Act 1995	99
2.	2. Jobseeker's allowance	100
	a) Grundvoraussetzungen der jobseeker's allowance	101
	b) Besond. Voraussetzungen der contribution-based jobseeker's allowance	103
	c) Besond. Voraussetzungen der income-based jobseeker's allowance	104
	d) Beantragung als joint-claim couple	105
	e) Höhe der jobseeker's allowance	105
3.	3. New Deal Programme	106
	a) New Deal for Young People	107
	b) New Deal for long-term unemployed people over 25	108
	c) Weitere New Deals	108
II.	Jobseeker's agreement	109
1.	1. Definition	109
2.	2. Inhaltliche Aspekte des JSA	110
	a) Gesetzlich geregelte Mindestanforderungen	110
	b) Prüfungsrecht bzw. Prüfungspflicht des employment officer	111
3.	3. Formelle Gesichtspunkte	111
4.	4. Rechtliche Einordnung	111
	a) Rechtliche Handlungsfähigkeit auf Seiten des employment officer	111
	b) Vereinbarung von Pflichten	113
	c) Freiwilligkeit - Vertragsfreiheit	113
	aa) Abschlussfreiheit des Antragstellers	114
	bb) Gestaltungsfreiheit der Verwaltung	115
	d) (Gesetzlicher) Ausschluss der Anwendung von contract law	115
	e) Vertragsähnliches Verwaltungshandeln	115
5.	5. Funktion des JSA	116
	a) Citizen's Charter und Customer's Charter des JCP	116
	b) Social citizenship	117
	c) Social contract	118
	d) Principal of conditionality	119

6. Rechtliche Wirkungen des JSA	121
a) Voraussetzung für den Leistungsbezug	121
aa) Anspruchsvoraussetzung	121
bb) Fiktion eines JSA	121
cc) Rückdatierung (back-dating)	122
b) Verhängung von Sanktionen gegenüber dem Antragsteller	122
c) Auslegung (unbestimmter) Rechtsbegriffe und Ermessensausübung	123
d) Ausschluss weiterer Wirkungen	124
7. Störungen bei der Abwicklung des vertragsähnlichen Verhältnisses	124
a) Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse	124
b) Nichteinhaltung der Vereinbarungen aus dem JSA durch das JCP	125
aa) Doctrine of executive necessity	125
bb) Rule against fettering future executive action	126
c) Nichteinhaltung der Vereinbarungen aus dem JSA durch Antragsteller	126
d) Restitution	127
aa) Grundsätzliche Zulässigkeit einer Klage auf restitution	127
bb) Ausschluss aufgrund einer Entscheidung des Gesetzgebers	128
8. Beendigung des JSA	130
a) Erledigung des Antrags auf jobseeker's allowance	130
b) Einvernehmliche Abänderung des JSA	130
c) Angeordnete Abänderung	130
d) Keine einseitige Beendigung	130
9. Rechtsschutz	131
a) Belehrung	131
b) Ausschluss einer private law procedure	131
c) Verwaltungsinterne Kontrolle: decision making, revision, supersession	132
aa) Decision making	132
bb) Revision	133
cc) Supersession	134
dd) Zusammenfassung	134
d) Appeal	135
aa) Social Security Appeal Tribunal (SSAT)	135
(1) Entstehung und deren Gründe	135
(2) Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums	135
(3) Gegenstand des Verfahrens	136
(4) Formfragen	136
(5) Verfahren	136
(6) Entscheidung und Anfechtbarkeit	137
bb) Social Security Commission	138
e) Judicial Review	138
aa) Gegenstand des Verfahrens	138
bb) Zuständiges Gericht und Verfahren	139
f) Kosten	139

B.	Deutsches Recht	140
I.	Arbeitsförderungsrecht	140
	1. SGB III und Job-AQTIV-Gesetz	140
	a) Arbeitsförderungsgesetz und SGB III	140
	b) Job-AQTIV-Gesetz	141
	c) Überblick über die Leistungen nach dem SGB III	142
	aa) Versicherungspflichtverhältnis	142
	bb) Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, § 3 Abs. 4 SGB III	143
	cc) Entgeltersatzleistungen, §§ 116 ff SGB III	143
	2. Definition der Eingliederungsvereinbarung und Abgrenzung	145
	a) Definition	145
	b) Abgrenzung zum Eingliederungsvertrag, §§ 229 ff SGB III a. F.	145
	3. Inhalt der Eingliederungsvereinbarung	147
	a) Niederlegung der „individuellen Vermittlungsstrategie“	147
	b) Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit	147
	c) Eigenbemühungen des Arbeitslosen	148
	d) Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	149
	e) Geltungszeitraum der Vereinbarung	149
	4. Formelle Gesichtspunkte	150
	5. Rechtliche Einordnung	150
	a) Verwaltungsakt, § 31 SGB X	151
	aa) Hoheitliche Maßnahme	151
	bb) Regelung	154
	cc) Zwischenergebnis	155
	b) „Eingliederungsplan“	155
	c) Verwaltungsrechtlicher Vertrag, §§ 53 ff SGB X	156
	aa) Allgemeine Voraussetzungen	156
	bb) Abgrenzung zum privatrechtlichen Vertrag	156
	cc) Ausschluss verwaltungsrechtlicher Vertrag, § 53 Abs. 2 SGB X	157
	dd) Vertragsschluss	157
	ee) Begründung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	158
	(1) Rechtsverhältnis	158
	(2) Aufhebung eines Rechtsverhältnisses	158
	(3) Begründung eines Rechtsverhältnisses	159
	(4) Inhaltliche Änderung eines Rechtsverhältnisses	159
	(5) Zusammenfassung	161
	ff) Zwischenergebnis	161
	d) Vertragsähnliches Verwaltungshandeln	161
	6. Funktion der Eingliederungsvereinbarung	162
	a) Grundsatz vom Fördern und Fordern	162
	b) Neubegründung von Leistungspflichten	163
	c) Mitwirkungspflicht, § 38 SGB III	163
	d) Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe	164
	e) Eigenbemühungen, § 119 Abs. 4 Nr. 1 SGB III	165
	f) Qualitätssicherung und Qualitätsprüfung	165
	7. Wirkungen der Eingliederungsvereinbarung	166
	a) Voraussetzung für Leistungen der Agenturen für Arbeit	166
	aa) Vermittlungstätigkeit	166
	bb) Entgeltersatzleistungen, insbesondere Arbeitslosengeld	166
	cc) Zwischenergebnis	167

b) Ermessensausübung	167
aa) Verwaltungsermessen: Begriff und Abgrenzung	167
bb) Ermächtigung	168
cc) Zweck der Ermächtigung	168
dd) Gesetzliche Grenzen bei der Ermessensausübung	169
ee) Grenzen aus der Eingliederungsvereinbarung	169
ff) Gerichtliche Überprüfbarkeit des Ermessens	170
c) Verhängung von Sanktionen	171
aa) Sperrzeit, § 144 SGB III	171
(1) Versicherungswidriges Verhalten	172
(2) Sperrzeit bei unzureichenden Eigenbemühungen	172
(3) Verhältnis von Sperrzeit und § 2 Abs. 5 SGB III	173
bb) Einstellung der Vermittlung, § 38 Abs. 2 SGB III	174
d) Darlegungs- und Beweislastverteilung	175
aa) Untersuchungsgrundsatz im Verwaltungsverfahren	175
bb) Umkehr der Darlegungs- und Beweislast bei einer Sperrzeit	175
cc) Beweisfunktion im gerichtlichen Verfahren	176
8. Störungen bei der Abwicklung des vertragsähnlichen Verhältnisses	176
a) Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse	176
b) Nichteinhaltung von vereinbarten Pflichten durch den Arbeitslosen	177
aa) Kein Erfüllungsanspruch	177
bb) Schadensersatz	177
cc) Vertragsstrafe	177
c) Nichteinhaltung von vereinbarten Pflichten durch Agentur für Arbeit	177
9. Beendigung der Eingliederungsvereinbarung	178
a) Erledigung infolge der Beendigung der Arbeitslosigkeit	178
b) Zeitablauf	178
c) Abänderung	178
d) Kündigung	179
10. Rechtsschutz	179
a) Außergerichtlicher Rechtsschutz	179
aa) Beratung und Entscheidung des Vorgesetzten	179
bb) Dienstaufsichtsbeschwerde	179
b) Widerspruch gegen einseitige Entscheidung	180
c) Gerichtlicher Rechtsschutz	180
aa) Rechtsweg	180
bb) Klägerisches Begehren	180
cc) Klage gegen den Sanktionsbescheid	180
dd) Klage gegen die Einstellung der Vermittlung	181
d) Kosten	181

II.	Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende	182
1.	SGB II und Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	182
a)	Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe: „Hartz IV“	182
b)	Kommunales Optionsgesetz	183
c)	Überblick über die Leistungen nach dem SGB II	185
aa)	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, §§ 14 ff SGB II	185
bb)	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, §§ 19 ff SGB II	186
2.	Definition der Eingliederungsvereinbarung und Abgrenzung	187
a)	Begriff	187
b)	Parteien der Vereinbarung und Einvernehmen des kommunalen Trägers	188
aa)	Fallmanager als Bevollmächtigter der Agentur für Arbeit	188
bb)	Erwerbsfähiger Hilfebedürftiger	189
cc)	Einvernehmen des kommunalen Trägers, § 15 Abs. 1 S. 1 SGB II	190
c)	Bedarfsgemeinschaft, § 7 Abs. 3 SGB II	191
d)	Abgrenzung	192
aa)	Bundessozialhilfegesetz (BSHG)	192
bb)	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)	193
3.	Inhalt der Eingliederungsvereinbarung	193
a)	Niederlegung „verbindlicher Aussagen zum Fördern und Fordern“	193
b)	Leistungen zur Eingliederung, § 15 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, §§ 16 ff SGB II	193
aa)	§ 16 Abs. 1 SGB II	194
bb)	§ 16 Abs. 2 SGB II	195
cc)	§ 16 Abs. 3 SGB II	195
c)	Bemühungen erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, § 15 Abs. 1 Nr. 2 SGB II	196
d)	Schadensersatzpflicht, § 15 Abs. 3 SGB II	197
e)	Geltungszeitraum der Vereinbarung	197
4.	Form	198
5.	Rechtliche Einordnung	198
a)	Verwaltungsakt, § 31 SGB X	198
aa)	Hoheitliche Maßnahme	198
bb)	„Ersatzvornahme“ durch die Verwaltung, § 15 Abs. 1 S. 6 SGB II	200
cc)	Zwischenergebnis	201
b)	„Eingliederungsplan“, „Hilfeplan“	201
c)	Verwaltungsrechtlicher Vertrag, §§ 53 ff SGB X	201
aa)	Abgrenzung zum privatrechtlichen Vertrag	201
bb)	Ausschluss verwaltungsrechtlicher Vertrag, § 53 Abs. 2 SGB X	202
cc)	Vertragschluss und Kontrahierungszwang	202
(1)	Die Willenserklärung des Bürgers	203
(2)	Willenserklärung und Abschlusspflicht der Arbeitsverwaltung	204
(3)	Kontrahierungszwang infolge § 2 S. 2 SGB II	206
(4)	Fakt. Kontrahierungszwang, §§ 2 S. 2, 31 Abs. 1 Nr. 1a SGB II	207
(5)	Fakt. Kontrahierungszwang aufgrund der Monopolstellung	208
(6)	Fakt. Kontrahierungszwang aufgrund § 15 Abs. 1 S. 6 SGB II	209
(7)	Kontrahierungszwang im Rahmen des § 31 Abs. 5 SGB II	209
dd)	Begründung, Änderung oder Aufhebung von Rechten und Pflichten	210
ee)	Einordnung als Vertrag i.S.d. § 53 Abs. 1 S. 2 SGB X	211
d)	Zwischenergebnis	212

6. Funktion der Eingliederungsvereinbarung	212
a) Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	212
b) Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit, §§ 8, 9 SGB II	213
c) Unbestimmte Rechtsbegriffe	213
d) Qualitätssicherung und Qualitätsprüfung	213
7. Wirkungen der Eingliederungsvereinbarung	214
a) Voraussetzung für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	214
aa) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, §§ 14 ff SGB II	214
bb) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, §§ 19 ff SGB II	215
cc) Zwischenergebnis	215
b) Ermessensausübung	215
aa) Ermächtigung	215
bb) Zweck der Ermächtigung	216
cc) Gesetzliche Grenzen	217
dd) Grenzen aus der Eingliederungsvereinbarung	218
ee) Ermessensfehlerlehre und Nichtigkeit gem. § 58 SGB X	218
c) Verhängung von Sanktionen, § 31 SGB II	218
aa) Ablehnung angebotener Vereinbarung, § 31 Abs. 1 Nr. 1a SGB II	220
(1) Angebot einer Eingliederungsvereinbarung	220
(2) Abschlussverweigerung	220
(3) Wichtiger Grund für die Abschlussverweigerung	221
(4) Rechtsfolgenbelehrung	222
bb) Nichteinhaltung vereinbarter Pflichten, § 31 Abs. 1 Nr. 1b SGB II	222
(1) Anwendungsbereich der Sanktionsvorschrift	222
(2) Verletzung der Nachweispflicht	223
(3) Wichtiger Grund	223
cc) Weigerung, Arbeit aufzunehmen, § 31 Abs. 1 Nr. 1c SGB II	224
dd) Sonderregelung für Jugendliche, § 31 Abs. 5 SGB II	224
d) Einstellung der Vermittlung	225
e) Darlegungs- und Beweislastverteilung im Verwaltungsverfahren	225
8. Störungsfälle	226
a) Nichtigkeit des verwaltungsrechtlichen Vertrages, § 58 SGB X	226
aa) Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	226
bb) Grundsätze des Verwaltungsverfahrensrechts	227
cc) Verstoß gegen Verbotsgebot, § 58 Abs. 1 SGB X, § 134 BGB	228
dd) Sittenwidrigkeit, § 58 Abs. 1 SGB X i.V.m. § 138 BGB	229
ee) Nichtigkeit gem. § 58 Abs. 2 Nr. 1 SGB X i.V.m. § 40 SGB X	230
ff) Nichtigkeit gem. § 58 Abs. 2 Nr. 2 SGB X	230
gg) Nichtigkeit gem. §§ 58 Abs. 2 Nr. 3, 4 SGB X	231
hh) Zwischenergebnis	231
b) Nichterteilung des Einvernehmens des kommunalen Trägers	231
c) Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse	233
d) Nichteinhaltung vereinbarter Pflichten durch Hilfebedürftigen	233
aa) Schadensersatz bei Bildungsmaßnahme, § 15 Abs. 3 SGB II	234
bb) Vertragsstrafe, § 61 SGB X i.V.m. §§ 339 ff BGB	235
cc) Schadensersatz, § 61 S. 2 SGB X i.V.m. § 280 BGB	236
e) Nichteinhaltung der vereinbarten Pflichten durch die Agentur für Arbeit	236
aa) Erfüllungsanspruch	236
bb) Vertraglicher Schadensersatz/Aufwendungsersatz	236
cc) Amtshaftungsansprüche	237

9. Beendigung der Eingliederungsvereinbarung	237
a) Erledigung	237
b) Zeitablauf	237
c) Änderung der Verhältnisse, § 59 Abs. 1 S. 1 SGB X	237
d) Kündigung des verwaltungsrechtlichen Vertrags, § 59 SGB X	237
10. Rechtsschutz	238
a) Außergerichtlicher Rechtsschutz	238
aa) Dienstaufsichtsbeschwerde	238
bb) Ombudsrat	238
b) Widerspruchsverfahren	239
c) Gerichtlicher Rechtsschutz	239
aa) Rechtsweg, § 51 SGG	239
bb) Rechtsschutz bei Umsetzung der Vereinbarung	239
cc) Rechtsschutz gegen Sanktionen und Einstellung der Vermittlung	240
(1) Klägerisches Begehren	240
(2) Klageart	240
dd) Feststellung der Nichtigkeit der Eingliederungsvereinbarung	240
d) Kosten	241
 Drittes Kapitel: Ergebnisse und Auswertung des Rechtsvergleichs	243
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	243
I. Jobseeker's agreement	243
II. Eingliederungsvereinbarung nach SGB III	243
III. Eingliederungsvereinbarung nach SGB II	245
 B. Vergleich und Bewertung	246
I. Kooperation - Ziele erreicht?	246
1. Steigerung der Effizienz in der Verwaltungsarbeit	246
2. Information der Verwaltung	248
3. Legitimierende Wirkung	249
4. Psychologisch-pädagogischer Effekt	250
 II. Kooperation - Gefahren gebannt?	252
1. Übervorteilung und Verhandlungsungleichgewicht	252
2. Ausschluss aus dem System	253
3. Verrechtlichung	254
4. Haftung und Rechtsschutz	256
a) Haftung	256
b) Defizite beim Rechtsschutz	257
5. Kosten - Nutzen -Vergleich	258
 III. Kooperation an ihren Grenzen	260
1. Verfassungsrechtlicher Rahmen	260
a) Eigentum	260
b) Handlungsfreiheit	260
c) Existenzminimum	261
d) Rechtsweggarantie	262

2.	Vorgaben des Verfahrensrechts	263
a)	Fairer Umgang mit dem Bürger	263
b)	Untersuchungsgrundsatz	263
c)	Ermessensausübung	264
3.	Bindung inter partes	264
IV.	Kooperation und Aktivierung als Rahmen eines Politiktransfers	265
V.	Bewährungsprobe und Zukunft der Handlungsinstrumente	266
C.	Abschließende Bemerkung	268
	Literaturverzeichnis	269

